

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreikönigstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 24. Oktober 1931

Nummer 85

### Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Bezugspreis 1 RM. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

### Swinemünder Irrwege

(Fortsetzung.)

Der zweite Verhandlungstag brachte zunächst Erlebigung der geschäftlichen und grundsätzlichen Angelegenheiten des Vereinsorgans, der „Zeitschrift“. Ein Antrag, der nur noch einmaliges Erscheinen wünschenswert war, wurde teils aus finanziellen Gründen, teils aus gewerkschaftlichen und nicht zuletzt aus taktischen Gründen abgelehnt; die geschäftlichen Fragen des Vereinsorgans blieben ohne bemerkenswerte Einwendungen. Die Einnahmen und Ausgaben für die „Zeitschrift“ balancierten im Jahre 1930 mit 216 320 M.; wobei für den DBV. ein Überschuß von 2992 M. verblieb. Aus einem Bericht in Nr. 75 der „Zeitschrift“ über eine vor der Jahresversammlung abgehaltene Hauptvorstandssitzung war außerdem zu ersehen, daß der „Geschäftsführende Ausschuß“ des DBV. es für notwendig hält, daß in der „Zeitschrift“ K a m p f a r t i k e l veröffentlicht werden sollen, wenn es die Haltung der Gewerkschaftspresse erfordere. Wir sind der Meinung, daß die seit Jahren von der „Zeitschrift“ verfolgte Wirtschaftskritik und Tarifpolitik sich noch selten in andern Bahnen bewegte, als in einer Bekämpfung jeder Forderung der Arbeiterschaft, und daß auch die verflochtene Swinemünder Tagung nicht den geringsten Beweis einer vernünftigen Berücksichtigung berechtigter und zeitgemäßer Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft des deutschen Buchdruckgewerbes erkennen ließ. Wir sehen daher den angeforderten „Kampfarartikel“ mit Ruhe entgegen und werden sie wie bisher pflicht- und sachgemäß in wohlverdienter Weise zu verwerten wissen.

Einen besonderen Beratungspunkt der Hauptvorstandssitzung bildete die Herausgabe einer Lehrlingszeitschrift, ein Plan, der schon seit langer Zeit den Geschäftsführenden Ausschuß beschäftigte. „Man sei sich vollkommen klar darüber“, so hieß es darüber im Bericht der „Zeitschrift“, „daß in dieser Angelegenheit etwas geschehen müsse, schon deswegen, um dem Jungbuchdrucker mit seiner bekannten heftigen und radikalpolitischen Einstellung ein Gegengewicht zu bieten.“ Wie in vielen andern Dingen, so erwiesen sich im Laufe der Zeit die tonangebenden Herren im DBV. auch in Fragen der Jugendbergesung als gelehrige Schüler der großindustriellen Scharfmacher und als eifrige Nachbeter der erzreaktionären „Deutschen Bergwerkgattung“. Als dieses Blatt vor Jahr und Tag unter der Parole „Heran an die Jugend!“ zum Kampf gegen die marxistische Denkroutine in der freigewerkschaftlichen Jugendbewegung erstmalig zu Felde zog und gleichzeitig die Förderung der Werkjugendpflege propagierte, da war mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß auch einer der zahlreichen unverantwortlichen Ratgeber der Prinzipalsorganisation, ihrer Syndizi, in der „Zeitschrift“ eine Attacke reiten würde gegen die drohende Gefahr einer marxistischen Beeinflussung der Lehrlinge durch den „Jungbuchdrucker“. Zur Übernahme dieser Rolle fühlte sich der bekannte Herr Schmidt, Generalsekretär des Vereins der Berliner Buchdruckereibesitzer, wahrscheinlich auf Grund seiner Erfahrungen mit militärischen Erziehungsmethoden, in erster Linie berufen. An Hand

einiger Artikelauszüge und aus dem Zusammenhang gerissener Sätze wurde die Gemeingefährlichkeit unserer Lehrlingszeitschrift „bewiesen“ und offen mit ihrem Verbot gedroht. Die Swinemünder Hauptversammlung des DBV. hat nun das Damoklesschwert auf den „Jungbuchdrucker“ herabfallen lassen und seine Verbreitung innerhalb der Betriebe untersagt. Die Herausgabe einer eignen Lehrlingszeitschrift wurde aus finanziellen Gründen auf einige Zeit zurückgestellt.

Sollte dieses Experiment in absehbarer Zeit verwirklicht werden, dann wird die Prinzipalität sehr schnell zu der Erkenntnis kommen, daß mit Erziehungsmethoden nach großväterlicher Art an die Jugend von heute nicht heranzukommen ist, daß solche vielmehr innerlich abgelehnt werden. Jugendwelchen Nachteil hätte der „Jungbuchdrucker“ von einer eignen Lehrlingszeitschrift des DBV. bestimmt nicht zu erwarten. Es würde eher das Gegenteil eintreten. Auch das ausgesprochene Verbot der Verbreitung des „Jungbuchdruckers“ in den Betrieben wird sich als ein Schlag ins Wasser erweisen. Wohl noch nie hat es eine Zeitepoche gegeben, in der zwei Generationen nebeneinander existierten, die so völlig verschiedenes erlebten und deren Denken und Fühlen darum so verschieden war wie in unserer Zeit. Der heutige gewerbliche Nachwuchs, den unsere Prinzipale mit ihren Ideen erfüllt sehen und dadurch vor politischem Radikalismus bewahren möchten, bietet sicherlich die geringsten Beeinflussungsmöglichkeiten im Sinne der Beschlässe der Swinemünder Tagung des DBV. Die arbeitende Jugend erlebt eine ganz andre Jugendzeit als die bürgerliche, denn jene rekrutiert sich zum weitaus größten Teil aus der Arbeiterschaft. Infolgedessen lernt sie schon frühzeitig die bittere, verzweifelte Not der Zeit und alle ihre üblen Begleiterseinerungen kennen, die die Grundursachen des Radikalismus von rechts und links bilden. Jede Bewegung kämpft um die Jugend, weil ihr mit dem Besitz der Jugend die Zukunft gesichert scheint. Doch gehört die Jugend nicht in jede Bewegung, am allerwenigsten in eine fortschrittsfeindliche. Die Erziehung der arbeitenden Jugend bedeutet in erster Linie Erchtigung für das Leben, d. h., die jungen Menschen sollen auf das Leben vorbereitet werden. Dazu sind in erster Linie die Gewerkschaften als verfassungsmäßige Sachwalter von Arbeiterinteressen berufen. Dementsprechend wird auch der Verband der Deutschen Buchdrucker unter keinen Umständen darauf Verzicht leisten, die Lehrlinge schon während ihrer beruflichen Ausbildungszeit im gewerkschaftlichen Sinne zu beeinflussen und sie zu sozialpolitischem Denken und Handeln zu erziehen. Unsere Lehrlinge sollen nicht von der Leidenschaft des Augenblicks beherzigt zertrümmert, sondern bewußte Organisatoren werden. Es geht für uns darum, die sich regenden Kräfte früh in Bahnen zu lenken, die der jugendlichen Entwicklung nicht abträglich sind, die aber auch die Jugend in die Aufgaben unserer Zeit einführen. In diesem Sinne hat der „Jungbuchdrucker“ seit seinem zwölfjährigen Bestehen gewirkt. Insbesondere ist es von ihm aufs Schärfste bekämpft worden, wenn die Jugend durch nationalsozialistische Phrasen zum Wüterker und zu Totengräbern der Deutschen Republik erregen werden soll. Gerade diese Bekämpfung ist dem Herrn Generalsekretär von jeher schwer auf die Nerven gefallen. Wir sind überzeugt davon, daß die wenigsten von denen, die auf die Schmidt'schen Anklagen hin in Swinemünde über den „Jungbuchdrucker“ zu Gericht gesessen haben, sich aus eigener Sachkenntnis ihr Urteil gebildet haben.

Das über den „Jungbuchdrucker“ prinzipalseitig verhängte Verbot wird dessen Schriftleitung nicht daran hindern, neben der Förderung beruflicher Tätigkeit auch Verständnis für das wirtschaftliche und politische Geschehen unserer Tage unter der gewerblichen Jugend zu verbreiten, damit sie (volle vier

Jahre früher als im monarchischen Deutschland!) sich als Staatsbürger im Interesse des arbeitenden Volkes gestaltend und formend betätigen kann. Wer darin eine Verheerung der Jugend erblickt, der möge sich gesagt sein lassen, daß nichts verheerender wirkt, als die Ausnützung der Notlage und der persönlichen Bedrängnis der Jugend im Interesse höchst eigennütziger Bestrebungen, wie das in dem Swinemünder Bannstich gegen den „Jungbuchdrucker“ zum Ausdruck kommt.

Auf nicht minder eigennütigen und zeitfremden Wegen bewegte sich ein Vortrag des bekannten Hofrats Siegfried Weber aus Leipzig über „Wirtschaftsfragen des Buchdruckers“. In der Sache selbst glich der Inhalt dieses Vortrags jenem des am Tage vorher von Herrn Frisch erstatteten Referats über „Die sozialpolitische Lage und ihre Auswirkung auf das Buchdruckgewerbe“ beinahe wie ein Ei dem andern. Nur zeichnete sich das „hofrätliche“ Klagegedicht noch durch eine nicht minder bekannte Harzburger Ideen- und Seelenverwandtschaft aus. An der gesamten Kommunalpolitik der letzten Jahre ließ er kein gutes Haar, die Neuanlagen der öffentlichen Betriebe ließ er ins Gigantische wachsen, um dahinter die industriellen zureichenden Neuanlagen als eine um so winzigere und unschuldigere Sache verkleinern zu können. Und so fand er sogar die eigentliche Ursache des Zusammenbruchs in der „Finanzierung des marxistischen Versorgungsstaates“ und in der „Anleihenwirtschaft des Gewerkschaftskapitalismus“. Das sind zwar Begriffsbildungen, die an Originalität nichts zu wünschen übrig lassen, noch weniger aber an subjektiver Zurechtweisung gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen, die ja leider nur deshalb so erbärmlich sind, weil sie die Folgen rein priortkapitalistischer Ausbeutung der Produktionsmittel und der durch dieses Wirtschaftssystem zur Arbeitslosigkeit verdamnten Millionen menschlicher Hände sind. Mit weiser großer Bescheidenheit dieser Referent seinen Zuhörern Respekt vor seinem Wissen beibrachte, zeigt folgender Satz aus dem Bericht über seinen Vortrag in Nr. 76 der „Zeitschrift“, der folgendermaßen lautet: „Warum ist aber unter diesen zahlreichen neuen Vorverordnungen nicht auch eine Vorverordnung über eine Auflösung des Gewerkschaftskapitalismus enthalten, der doch in geradezu rigoroser Weise mit seinen Mitgliedern umspringt, wenn sie ihm nicht genehm sind. Ich erinnere nur daran, daß ein jahrelang zahlendes Mitglied aus der Mitgliederliste gestrichen wurde und damit seine sämtlichen Rechte an die Gewerkschaft verlor, weil der Betreffende sich in die Listen für den Volksentscheid eingetragen hatte.“ Sofern der Hofrat mit dieser Behauptung irgendeinen Ausschluß aus unserm Verband gemeint haben sollte, möchten wir ihm hiermit öffentlich bestätigen, daß er in Swinemünde keine Zuhörer i r r e g e f i h r t hat. Wir wollen ihm den guten Glauben an solche Schauerreden infolge seiner angeblichen politischen Unbefangenheit, deren er sich selbst rühmte, nicht streitig machen. Im übrigen möge sich der Herr Hofrat bezüglich der von ihm gewünschten Aufsicht über den „Gewerkschaftskapitalismus“ ja keine größeren Sorgen machen. Der Verband der Deutschen Buchdrucker wie alle freien Gewerkschaften haben keinerlei gesetzlich begründete Aufsicht zu scheuen. Sie sind in der Lage, sich jeder staatlichen Kontrolle zu unterstellen. Aber wir bezweifeln die gleiche Bereitwilligkeit für den hofrätlichen wie überhaupt für jeden privaten Kapitalismus. Wir haben gerade in den letzten Wochen und Monaten mehr als genug Beweise dafür erlebt und sammeln können, daß es nötig wäre, beinahe jedes privatkapitalistische Unternehmen bis in die letzten Winkel öffentlicher Aufsicht zu unterstellen. Volk und Staat hätten dann jedenfalls viel weniger unter Kapitalflucht und Steuerverlusten zu leiden. Schalten wir aus den hofrätlichen Stoffkuffern über seine Wirtschaftsfragen alle jene Duplikate aus, die er hin-

sichtlich der Belastung durch die deutsche Sozialversicherung in der Richtung zu erkennen gab, daß er jede halbwegs vernünftige Hilfeleistung des Staates oder der Allgemeinheit für Kranke, Invaliden und Arbeitslose als eine Hemmung unbegrenzter Ausbeutungsmöglichkeiten der freien Wirtschaft empfindet, so bleibt u. a. noch eine nicht minder einseitige Darstellung der Auslandskonkurrenz übrig. Er sah nur die nach der Menge um die Hälfte geringere Einfuhr von Buchdruckerzeugnissen aus dem Ausland, aber die um das Doppelte nach der Menge und das Dreifache nach dem Werte röhre er als u s f u h r von Erzeugnissen deutscher Buchdruckereien nach dem Ausland entzogen sich wertvollergewisse Beobachtungsgabe. Trotz dieser amtlich nachgewiesenen Tatsachen sprach der Hofrat von einer ungesunden Auslandskonkurrenz. Und doch bezieht sich selbst aus der von ihm besonders apokryphen Tischgeschloßworte von Januar bis September d. J. die Einfuhr an Buchdruckerzeugnissen nach Deutschland nur auf zwei Fünftel der u s f u h r gleicher Art aus Deutschland nach diesem Lande. Daß angesichts solch mangelhafter Objektivität die Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, insbesondere soweit sie dazu dienen, die Ausgaben der Gemeinden, Länder und des Reiches nach Möglichkeit zu beschränken und sie auch bezüglich des Druckmaschinen zur Geltung zu bringen, als der Übel schlimmstes bewertet werden, dürfte für jeden Kenner der diesbezüglichen Wettbewerbsverhältnisse innerhalb und außerhalb gewisser Regionen der Mitgliederkreise des Deutschen Buchdrucker-Vereins nicht überraschend sein.

Obwohl auch wir mit dem heutigen vielfach zerstückelten behördlichen Kleinbetriebswesen nicht einverstanden sind, würde es doch für das Gesamtgewerbe gar keinen besonderen Vorteil bedeuten, wenn die Betriebe der öffentlichen Hand reiflos ausgegeben würden. Denn in Wirklichkeit haben bisher schon größere wie kleinere aber regelmäßige behördliche Aufträge nicht wenig dazu beigetragen, daß die damit betrauten privaten Betriebe sich auf dem Gebiet der Preisbildung im Buchdruckgewerbe und falscher Kapitalverwertung allerhand Dinge leisten konnten, zu denen sie ohne solche behördlichen Aufträge niemals in der Lage gewesen wären. Wir beurteilen daher auch diese Wirtschaftsjorgen des Buchdruckers weniger als eine Sache der Allgemeinheit denn als eine Sorge derjenigen Prinzipale, die durch ihr eigenes Verhalten als sogenannte Behördendrucker die Kirche auch in andern Dingen nicht im Dorfe stehen und dadurch erst die Voraussetzungen begünstigen, die die Errichtung von Buchdruckereien der öffentlichen Hand als nötig oder zweckmäßig erscheinen lassen. Wir versprechen uns daher auch von der durch Hofrat Weber geforderten Stilllegung der öffentlichen Betriebe gar keine Besserung der gewerblichen Lage. Sie dürfte weit eher in entgegengesetzter Richtung zu suchen sein, und zwar in einer Umgestaltung der privaten Wirtschaftsführung in eine gemeinwirtschaftliche, in der nicht nur ein Geist, wie der Leipziger Hofrat in überheblicher Weise meint, für tausend Hände genügt, sondern in der Millionen Hände bereit sind, für einen solchen Geist zu arbeiten, der a l l e besetzt und damit auch allen dient!

(Schluß folgt.)

### Lohn und Leistung

Die gegenwärtigen Verhältnisse verlangen es, daß diese Frage auch seitens der Gehilfenschaft weitestgehende Beachtung findet. Ist doch auf der einen Seite festzustellen, daß das Internermentum in personeller Beziehung zu immer größeren Einschränkungen schreitet, das Arbeitslosherr wächst von Woche zu Woche, aber auf der andern Seite wird von den restlichen Arbeitskräften eine volle Aufrechterhaltung des ganzen Betriebes verlangt. Man sieht sich zwar nicht, Versuche zu unternehmen, den Leistungslohn der Gehilfen noch abzubauen, dafür aber anderseits Leistungen zu verlangen, die jeder tariflichen Grundlage entbehren, ja teilweise ein menschenunwürdiges Verlangen darstellen. Hier gilt es seitens der Gehilfenschaft ein energisches Paroli zu bieten.

Ein Beispiel aus der Praxis soll hiermit mit Erwähnung finden. Vor kurzem lag der Berechnungskommission der Handbegervereinigten Leipzig von einem Kollegen aus der Werkdrucker der Vereinigten Stahlwerke, Dortmund Union, eine größere Tabelle (Sahspiegel 62x43 cm) zur Berechnung vor. Der Betriebsleiter hatte diese Arbeit auf 12 Stunden Satzzeit geschätzt. Man war aber großzügig und bereit, noch 3 Stunden zuzugeben. Der Kollege, der diese Zeit um einige Stunden überschritten hatte, bekam dann die größten Vorwürfe über Unfähigkeit usw. mehr und sollte wegen Minderleistungen entlassen werden. Die Nachprüfung dieser Tabelle ergab nun einen tariflichen Preis, der in keiner Position beschnitten werden kann, und zwar in Höhe von 41,61 M., dies ergibt eine Arbeitszeit von 36 Stunden. Der Kollege hatte also eine ganz außerordentliche Leistung vollbracht, dafür erhielt er ja auch einen Leistungslohn von Lage und schreibt einer Wart pro Woche. Hier noch von Minderleistungen zu sprechen, bedeutet nicht nur ein starkes Idiot, sondern ist Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in höchster Potenz.

Wenn man vielleicht bezüglich des Betriebsleiters von einem Nichtfachmann sprechen kann, so ist es aber anderseits bezeichnend, daß letztere der Berliner Berechnungsstelle des Deutschen Buchdruckervereins, der diese Tabelle ebenfalls zur Berechnung vorlag, eine Arbeitszeit von 15 Stunden festgesetzt wurde. Solche Festlegungen entbehren jedweder Sachkenntnis, sie können demnach nur als eine ganz willkürliche Schätzung bewertet werden. Empfehlenswert wäre es daher, wenn der Mitarbeiter der Berechnungsstelle des Buchdruckervereins, der diese 15 Stunden geschätzt hat, diese Arbeit dann einmal in der Praxis selbst ausführen müßte, ich glaube behaupten zu können, er würde in Zukunft zu andern Resultaten kommen.

Die Gehilfenschaft darf sich durch solche willkürliche Schätzungen nicht irren lassen. Von Gehilfenseite sind ja durch die Sparten und den Bildungsverband Berechnungsstellen und technische Kommissionen eingerichtet. Hier sitzen Männer mit jahrzehntelanger Praxis, die in der Lage sind, über alle Arbeiten ein Werturteil abzugeben, das bei sachlicher Prüfung von den tariflichen Instanzen, Arbeitsgerichten usw. anerkannt werden muß.

Die Gehilfen sind immer bemüht gewesen, ihre Arbeitskraft voll und ganz zur Verfügung zu stellen, sie haben aber nicht nur ein Recht, daß dies im Rahmen der tariflichen Bestimmungen liegt, sondern sie verlangen auch, daß ihre Leistungen durch einen entsprechenden Lohn anerkannt werden.

Man verläßt aber die gegenwärtigen Verhältnisse dazu auszunutzen, um von der Gehilfenschaft immer mehr gesteigerte Leistungen zu fordern, aber außerdem noch eine Herabsetzung des Lohnes durchzuführen. Beweise hierzu sind ja genügend vorhanden. Die Gehilfen müssen solche Methoden ein für allemal ablehnen.

Bertrauen zur Organisationsleitung, Treue zur Sparte, Solidität und Selbstbewußtsein, unter diesen Voraussetzungen werden wir auch in der Frage Lohn und Leistung Wege gehen können, wie sie im Interesse der Gehilfenschaft gegangen werden müssen.

Leipzig.

Bode.

### 50 Jahre Ortsverein Bayreuth

Schwerer denn je drückt die Not überall das Schredensgepöhl, Arbeitslosigkeit! Keine Zeit um Feste zu feiern. Aber dennoch: 50 Jahre Kampf, ein halbes Jahrhundert lang Zusammenarbeiten der Kollegen im Ortsverein für eine gerechte Sache und für das Wohl der Arbeiterenschaft veranlaßt sie, den 27. September aus dem Einzelnen des Alltags hervorzuheben. Der Ortsverein Bayreuth im Verband der Deutschen Buchdrucker feierte sein 50jähriges Bestehen in feierlicher Weise. Vormittags waren die Kollegen versammelt zu einer Bezirksversammlung. Kollege R u d i e g e l entbot als Vertreter des ersten Vorsitzenden allen den Willkommengruß, insbesondere den Delegationen von Nürnberg, Bamberg, Hof und Mühlberg. Zur besonderen Freude gereichte es auch, den Mitbegründer des Ortsvereins, den Kollegen Gustav F e s c h e, unter den Anwesenden weilen zu sehen. Der Gauvorsitzende Döhlhoff sowie jede andere Delegation von München waren am Erscheinen verhindert. Kollege J a h gab über die Geschichte des Ortsvereins einen kurzen Rückblick, aus dem folgendes wiedergegeben sei: Das Gründungsjahr des Ortsvereins Bayreuth war 1881. Aber konnte es wohl früher von den reisenden Kollegen? Alle machten einen Bogen herum, denn an Biatikum war hier nicht viel zu holen. Durch die Zuzüge von auswärtigen Kollegen konnten fünf Verbändler Fuß fassen. Unter ihnen auch unser Senior F e s c h e, der damals bei der Firma Wöhl der Kunst huldigte. Nun ging es an die Werbung von Mitgliedern. Inzwischen war deren Zahl auf zehn gestiegen, und es erfolgte die Gründung des Ortsvereins. Bis zum Jahre 1886 waren tarifliche Bewegungen an Bayreuth spurlos vorübergegangen, da jede Bewegung hier aussichtslos gewesen wäre. Es sollte jedoch eine Änderung eintreten. Die Mitgliederzahl war bereits auf zehn gestiegen. Dazu hatten noch die Gründungen verschiedener Firmen beigetragen. In dieser Zeit war es schon gelungen, bei der Firma Burger das Berechnen pro 1000 mit 30 Pf. abzuschaffen und dafür das Gewichtsd. von 20 bis 22 M. einzuführen. Die andern Firmen entlohten bis dahin noch mit 18 M. Durch den Tod Burgers griffen andre Verhältnisse Platz. Die Zahl der Lehrlinge ging aufwärts und die Löhne abwärts. Herr Ellwanger hielt im Herbst 1892 Einzug mit 14 Lehrlingen. In dieser Zeit gelang es den Kollegen F e s c h e und Hegel das Verbandsinteresse in Kulmbach zu erwecken und sechs Kollegen zu gewinnen. Dies sollte der Grundstein für die Mittelschicht Kulmbach sein. Dem Jahr 1896 war es nun vorbeschaffen, mit der Einführung des Tarifs geordnete Verhältnisse zu schaffen. Vom Gauvorstand war der Ortsverein beauftragt worden, die schriftliche Anerkennung des Tarifs zu fordern. Die hiesigen Prinzipale verstanden sich hinter Herrn Ellwanger. Würde dieser den Tarif anerkennen, so würden sie sich auch nicht weigern. Ellwangers Hartnäckigkeit war bekannt. Durch die Einigkeit und Gesinnung der Kollegen konnte er jedoch zur Annahme gezwungen werden. Dem Gauvorstand war über die ziemlich aussichtslose Lage berichtet worden. Gaukassierer Böhm konnte nur ein negatives Resultat erzielen. Ellwanger erklärte, daß sein Personal mit dem Befehlenden ja zufrieden sei. Nach langen Verhandlungen kam es zur Kündigung. Infolge der Gesinnung der Kollegen mußte Ellwanger sich zur Tarifanerkennung bereit erklären. Somit konnte im Jahre 1896 der Tarif seinen Einzug in Bayreuth halten.

Der Ortsverein sah im Laufe der Jahre an seiner Spitze die Kollegen F e s c h e, Hegel, Schwarz, wiederholt Eckertin

Frank, Scheuerer, Kohler, Lendel, Stein und Großmann. Der letztere führt seit 1921 die Geschäfte. Im Weltkrieg sah man den größten Teil der Kollegen in Feldgrau; 17 sind nicht wieder zurückgekehrt. Sämtliche zurückgekehrte Kollegen kamen wieder an ihre alten Plätze, doch die Inflation wurde der Ortsverein schwer geschädigt, da er sein zinstagend angelegtes Geld verlor. Die Kurzarbeit ließ nicht auf sich warten und erstreckte sich auf alle Betriebe. Zum Teil auf recht beträchtliche Dauer. Infolgedessen des Kapp-Zugzwanges war die Mittelschicht zwei Tage im Auslande. Arbeitseinstellungen kamen weiter keine mehr vor, da die hiesigen Unternehmer, wenn auch immer in letzter Minute, zum Nachgeben zu bewegen waren. Das Jahr 1921 brachte einen Lokalzuschlag von 7 1/2 Proz., der 1923 auf 12 1/2 Proz. erhöht werden konnte. Der Gauag 1920 brachte die schon so oft angestrebte Bezirkseinteilung Bayreuth, Kulmbach, Bamberg, Pegnitz und Tüdnau. Hierdurch ist es ermöglicht, daß Bayreuth und Kulmbach mehr die Kollegialität pflegen können.

Gibt auch der Versammlungsbesuch manchmal Anlaß zu Klagen, so kann doch mit Freuden konstatiert werden, daß, wenn es galt, reiflos und geschlossen für eine gerechte Forderung einzutreten, die Kollegen immer gern bereit waren. Der Mitgliederstand ist zur Zeit 83, 15 sind leider arbeitslos. Invaliden 2.

Wie der Ortsverein bisher bestrebt war, durch Zuschußunterstützungen an Kranke und Reisende deren Los zu mildern, so wird er auch weiterhin bestrebt sein, seinen Mitgliedern helfend zur Seite zu stehen. Auch fernerhin soll die Lösung sein: Alles für den Verband und alles durch den Verband.

Von allen Rednern wurde im Verlauf der Versammlung die außerordentlich schlechte Wirtschaftslage betont. Schon im Interesse der arbeitslosen Kollegen muß alles versucht werden, um über diese schwere Krise hinwegzukommen. In tariflicher Beziehung ist alles in Ordnung. Nach Erledigung der Bezirksangelegenheiten wurde für 40- und 25-jährige Zugehörigkeit zum Verband für sieben Kollegen die Ehrung vorgenommen. Kollege J a h würdigte im Namen der Versammlung die Verdienste der Jubilare und brachte den Dank zum Ausdruck für die Treue, die sie dem Verband gehalten in all den langen Jahren. Durch den Kassierer S e n d e l wurde jedem ein Geschenk überreicht. 28 fröhliche Jubilare erhielten die silberne Verbandsmedaille. Kollege G e o r g M e y e r (40 Jahre Mitglied) dankte im Namen der Jubilare und betonte, daß es als Selbstverständlichkeit bei den alten Kollegen gepollt hat, sich einzusetzen für die Arbeiterbewegung. Galt es doch, für die Zukunft bessere Verhältnisse zu schaffen, denn den Kollegen bleibt als einziger Schutz nur der Verband. Besonders den jungen Kollegen kommt dies zugute. Mögen sie sich politisch danach einstellen, denn jetzt gilt es die Erwerbschancen zu erhalten, und das kann nur geschehen durch eine freie Gewerkschaft.

Am der Durchführung der Lehrlingsordnung zeigten die Kollegen großes Interesse. Es ist das alte Klagefeld. Immer wieder wird von der Handwerkskammer und den Prinzipalen die Sache auf die lange Bank geschoben. Von den Ortsvereinen muß jetzt ganz energisch dahinter gegangen werden. Kollege R z a u h erinnerte an die letzte Wahl, von der die Öffentlichkeit überhaupt nicht informiert war. In die Gesellenausföhrnisse würden nur Jungmeister gewählt. Von einer Vertretung der Gehilfen kann hier also keine Rede sein. Folgende Entschlieung der Bamberger und Hofer Kollegen fand einstimmige Annahme: „Die am Sonntag, dem 27. September 1931, abgehaltene Versammlung des Bezirks Bayreuth im Verband der Deutschen Buchdrucker befaßt sich eingehend mit dem Stand der Durchführung der Lehrlingsordnung. Die Versammlung bewahrt, daß bis jetzt an der Durchführung der Lehrlingsordnung für das Buchdruckgewerbe noch nicht gearbeitet wurde, trotzdem diese schon fast ein Jahr von der Vollversammlung der Handwerkskammer angenommen wurde. Die Versammelten schließen sich vollinhaltlich dem Drängen der Bamberger und Hofer Kollegenschaft an und erwarten von allen an der Durchführung der Lehrlingsordnung beteiligten Stellen, besonders aber von der Handwerkskammer, daß endlich die Sachausföhrnisse zusammengerufen und eine Bezirkseinteilung und Einteilung der Arbeit vorgenommen wird. Die Versammlung erwartet besonders vom Gauvorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, daß er mit Nachdruck die Durchführung der Lehrlingsordnung betreibt. Nach Ansicht der Versammelten muß es doch noch Stellen geben, die Beschwerden entgegennehmen, wenn eine gegenseitig vereinbarte Regelung des Lehrlingswesens einfach nicht beachtet und durchgeföhrt wird. Der Gauvorstand wird beauftragt, alle Stellen über den Stand der Dinge zu informieren und besonders die Kreisregierung auch um ihre Mitwirkung zu ersuchen. An alle Kollegen richtet die Versammlung den Appell, an der Lehrlingsordnung mitzuwirken und, solange diese noch nicht wirksam ist, alle Fälle der schlechten Ausbildung und Überföhrtungen der Lehrlingszahl dem Gauvorstand zu melden. Es dürfte diesem dann nicht schwer fallen, nachzuweisen, daß übermäßige Lehrlingsausnutzung und schlechte Ausbildung im engsten Zusammenhang mit der Schmuggelkonkurrenz stehen. Wer sich nicht mit schuldig machen will, der wird seine Mitarbeit an der Lehrlingsordnung nicht verlagern können.“

Kollege G r a b e r (München) konnte es nicht gut heißen, daß jeder beliebige Prüfungen vornehmen kann. Er führte ein deutliches Beispiel an, nach dem ein Nichtfachmann ohne Vorkenntnisse die Prüfung machte und als Meister heute drei Lehrlinge hält. Da die Angaben des betreffenden Meisters zu ungläubig erschienen, wurde von der Versammlung gerichtliche Nachprüfung gefordert. Vom Bil-

ungsverband lag eine Rundsendung auf, die sehr gute Arbeiten aufwies. Das Mittagessen wurde mit den auspartigigen Kollegen gemeinsam eingenommen. Dem schloß sich ein Rundgang durch die Stadt an. Nachmittags sah man die Kollegen mit ihren Angehörigen wieder versammelt. Kollege K u r z e legte den Glückwunsch vom Gauvorstand sowie von vielen andern Ortsvereinen. Die anwesenden Delegierten brachten ihre Glückwünsche zum Jubiläum dar. Verschönt wurde der Abend durch auserlesene Musikvortritte einer guten Kapelle sowie von einem Doppelquartett der hiesigen Arbeiterfängervereingung, das unter Leitung des Dirigenten Herrn Studienrat Metz großes Können an den Tag legte und in der Auswahl der Gesangsvoorträge nur das Beste getroffen hatte. So fand die Feier gegen Abend ihren Abschluß, und noch lange und gern werden die Kollegen dieses würdigen Tages gedenken.

### Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Die Berufsfürsorge in der Unfallversicherung

Nach § 558 B.D. hat die Berufsgenossenschaft dem Verletzten u. a. Berufsfürsorge zu gewähren. Diese soll den Verletzten zur Wiederaufnahme seines früheren Berufs oder, wenn das nicht möglich ist, zur Aufnahme eines neuen Berufs befähigen und ihm zur Erlangung einer Arbeitsstelle verhelfen. Die Berufsfürsorge umfaßt 1. berufliche Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit, insoweit der Verletzte durch den Unfall in der Ausübung seines Berufs oder eines Berufs, der ihm billigerweise zugemutet werden kann, wesentlich beeinträchtigt ist, nötigenfalls Ausbildung für einen neuen Beruf, 2. Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle.

Nur der Verordnung über Krankenbehandlung und Berufsfürsorge in der Unfallversicherung vom 14. November 1928 sind die näheren Bestimmungen hierzu enthalten. Die berufliche Ausbildung wird hiernach unter der Voraussetzung der Eignung und eifrigen Arbeit des Verletzten innerhalb der Höchstdauer eines Jahres bis zur Erreichung ihres Zieles gewährt. In geeigneten Fällen kann über diesen Zeitpunkt hinausgegangen werden. Während der Ausbildung hat der Versicherungsträger dem Verletzten die Kosten des notwendigen Aufenthalts für ihn und seine Angehörigen zu gewähren, soweit der Verletzte den Unterhalt aus seinem laufenden Einkommen nicht tragen kann.

Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle wird weiter gewährt 1. wenn der Verletzte infolge des Unfalls keine Arbeitsstelle ausgeben muß oder 2. wenn er aus einem andern Grund erwerbslos wird, ihm aber die Erlangung einer neuen, geeigneten Arbeitsstelle durch die Folgen des Unfalls erschwert ist, es sei denn, daß er seine bisherige Arbeitsstelle ohne hinreichenden Grund aufgegeben oder durch selbstverschuldete fristlose Entlassung verloren hat. Haben Verletzte eine Arbeitsstelle angenommen, in der sie vollen Verdienst erst erzielen können, wenn sie die erforderliche Fertigkeit erlangt haben, so kann ihnen der Versicherungsträger für die Übergangszeit einen Zuschuß zum Arbeitsentgelt (Unterzuschuß) gewähren, ferner auch einen Zuschuß oder ein Darlehen zur Beschaffung einer Arbeitsausstattung, soweit dies erforderlich ist.

An der Durchführung der Berufsfürsorge sind die Arbeitsämter beteiligt, ebenso in bestimmten Grenzen die Hauptfürsorgestellen. Aber Art, Umfang usw. der Durchführung der Berufsfürsorge hat nun das Reichsversicherungsamt für das Jahr 1930 statistische Erhebungen veranstaltet, deren Ergebnisse im „Reichsarbeitsblatt“ Heft Nr. 15 veröffentlicht werden und einen Überblick über dieses wichtige Teilgebiet sozialer Fürsorge ermöglichen.

Bezüglich der Arbeitsvermittlung wird einleitend auf die besonders in der Jetztzeit großen Schwierigkeiten einer wirksamen Betätigung auf diesem Gebiet hingewiesen. Teilweise sei auch geringe Neigung der Verletzten, Arbeit durch Vermittlung des Versicherungsträgers anzunehmen, beobachtet worden, weil sie offenbar den Verlust der Rente befürchteten. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß die Weigerung des Verletzten, sich der Berufsfürsorge zu unterziehen, sein Grund zur Herabsetzung der Rente ist.

Nach den statistischen Feststellungen kam Arbeitsvermittlung im Jahre 1930 für 7988 Verletzte in Frage, darunter befanden sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 2849 = 36,49 Proz.; bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 148 = 81,77 Proz. Schwerverletzte. Durchgeführt wurden 6590 Fälle, so daß am Ende des Berichtsjahres noch 1398 Fälle unerledigt blieben. In mehr als der Hälfte aller Fälle haben die gewerblichen Berufsgenossenschaften die Arbeitsvermittlung selbst durchgeführt, und zwar in 2972 Fällen mit Erfolg. Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle wurde in 105 Fällen abgelehnt, weil der Verletzte seine bisherige Arbeitsstelle ohne hinreichenden Grund aufgegeben oder durch selbstverschuldete fristlose Entlassung verloren hatte. Den Hauptfürsorgestellen wurden 1262 Schwerebeschädigte zur Arbeitsvermittlung überwiesen und für die Vermittlung von 1351 Minderbeschädigten das Arbeitsamt in Anspruch genommen. In beiden Fällen lagen Angaben über den Erfolg der Maßnahmen nicht vor.

Für die Berufsberatung kamen insgesamt 391 Fälle in Betracht, die bis auf 64 im Berichtsjahr erledigt wurden. Bei dem Vergleich dieser niedrigen Zahlen mit den Zahlenangaben des vorhergehenden Abschnitts ist zu berücksichtigen, daß nur für einen Teil der Verletzten die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit einer Berufsberatung besteht.

Von besonderer Bedeutung ist die Berufsfürsorge in Form beruflicher Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit und nötigenfalls der Aus-

# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Emil Brauer in Dresden  
Eingetretten: 24. Oktober 1881 — Jetzt Invalide



bildung für einen neuen Beruf. Nach dem Bericht ergaben sich auch hier wegen der Ungunst der Zeitverhältnisse besondere Schwierigkeiten, weil nicht in allen Fällen festgestellt werden kann, daß der Verletzte eine entsprechende Tätigkeit findet. Berufsausbildung kam in insgesamt 649 Fällen in Betracht, von denen 80 abgelehnt worden sind und 96 am Ende des Berichtsjahres noch unerledigt blieben. Die Berufsausbildung bezog sich in 349 Fällen auf Schwerebeschädigte.

Von Rechtsmitteln wurde bei der Durchführung der Berufsfürsorge nur wenig Gebrauch gemacht; es wurden nur 17 Berufungen und ein Rekurs eingeleitet.

Die geldlichen Aufwendungen der Berufsgenossenschaften für die Berufsfürsorge sind nur mäßig. Insgesamt wurden 230 987 M. verausgabt. Unterhaltskosten für Verletzte und ihre Angehörigen während der Ausbildung wurden in Höhe von insgesamt 107 145 M. übernommen. Als Beihilfe zur Beschaffung von Arbeitsausstattung gewährten die Genossenschaften 40 575,82 M., u. a. wurden die Kosten eines Werkstuhls und einer Strickmaschine, Anteilkosten für einen Kraftwagen, Zuschüsse für Teilnahme an Ausbildungskosten bewilligt.

### Neues zum freiwilligen Arbeitsdienst

Die Bestimmungen der Notverordnung über den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst sind im „Roz.“ schon mehrfach kritisch behandelt und der gewerkschaftliche Standpunkt ist dabei gebührend hervorgehoben worden. Nachdem nunmehr die angelegentlichsten Durchführungsvorschriften ergangen sind, dürfte es nützlich sein, auch diese einer Wespensprechung zu unterziehen, damit wir erkennen, wie die Herren am grünen Tisch sich die praktische Anwendung vorstellen.

Ausdrücklich wird einleitend betont, daß Gegenstand des freiwilligen Arbeitsdienstes nur gemeinnützige zufällige Arbeiten sein können, die als solche von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung anerkannt sind. Oberregierungsrat Benda sagt dazu im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 21, daß es sich selbstverständlich dabei um Arbeiten handeln muß, die sonst überhaupt nicht oder nicht in nächster Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt werden dürfen; denn sonst würden dem ohnehin notleidenden freien Arbeitsmarkt Arbeitsmöglichkeiten entzogen werden. Er betont ferner, daß eine Arbeit im freiwilligen Arbeitsdienst auch dann nicht ausgeführt werden darf, wenn sie als Notkandarbeit ausführbar wäre, für den freiwilligen Arbeitsdienst sei erst Raum, wenn die finanziellen Mittel fehlen, um die Arbeit als Notkandarbeit durchzuführen, oder wenn die Vorschriften der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge die Förderung des Projekts als Notkandarbeit nicht zulassen. Es sei weiter nicht angängig, zu einer Notkandarbeit neben den tariflich entlohnten Kräften Arbeitskräfte im freiwilligen Arbeitsdienst mitberanzuziehen.

Nach der Verordnung wird die Gemeinnützigkeit zufälliger Arbeiten nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Arbeiten in erster Linie einem beschränkten Personenkreis (Mitgliedern von Verbänden, Genossenschaften, Hilfsbedürftigen) zugute kommen, sofern die Allgemeinheit ein wesentliches Interesse an der Ausführung hat. Eine Förderung soll nur zulässig sein, wenn Gewähr dafür besteht, daß die Zusammenfassung von Arbeitsgruppen im freiwilligen Arbeitsdienst nicht für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht wird.

Diese Bestimmungen ermöglichen es also all den sogenannten vaterländischen Verbänden, Stahlflehm- und Nazi-parteien, die Einrichtung für ihre Zwecke auszunutzen, denn über den Begriff staatsfeindlich gehen ja leider bei uns die Begriffe in maßgeblichen Kreisen weit auseinander. Oberregierungsrat Benda sagt dazu in seinem Artikel u. a.: „Möglich, daß der Träger der Arbeit, z. B. eine Gemeinde, an gefinnungsmäßig zusammengeschlossene Gruppen herantritt und sie bittet, ihm aus ihrer Mitte die

Arbeitsdienstwilligen zu stellen; möglich auch, daß der Antriebe von diesen Gruppen selbst ausgeht. Der Träger kann die Arbeitsdienstwilligen aber auch auf anderm Wege, z. B. mit Hilfe des Arbeitsamts, gewinnen oder gegebenenfalls aus den eignen Mitgliedern entnehmen. Die politische Einstellung der Träger und der Arbeitsdienstwilligen ist ohne Belang, sofern es ihnen nur um ernsthafte Arbeitsleistung zu tun ist. Aber es muß Gewähr bestehen, daß sie den Arbeitsdienst nicht zu politischen oder gar staatsfeindlichen Zwecken mißbrauchen. Im Zweifel wird eine ausdrückliche Erklärung dieses Inhalts vom Träger zu fordern sein.“ Auch dieser Kommentar schafft keine Gewähr dafür, daß die oben genannten Gruppen die neue Einrichtung nicht mißbrauchen werden; was insbesondere auf „Erläuterungen“ zu geben ist, erleben wir tagtäglich in drastischer Weise.

Erläuternd sei hierzu noch bemerkt, daß die Träger der Arbeiten nach der Notverordnung nur Körperschaften des öffentlichen Rechts oder solche Vereinigungen oder Stiftungen sein dürfen, die nach ihrem Verbandszweck gemeinnützige Ziele verfolgen, ferner Vereinigungen, die Gruppen von Arbeitsdienstwilligen für gemeinnützige Arbeiten zusammenstellen. Wir werden sicher erleben, daß letztere Vereinigungen sich sehr bald neu bilden werden (falls nicht schon geschehen), um die staatliche Einrichtung für ihre Zwecke auszunutzen.

Die Entscheidung über die Frage, ob eine Arbeit als freiwilliger Arbeitsdienst anzuerkennen ist und deshalb aus Mitteln der Reichsanstalt oder aus Mitteln der Krisenfürsorge oder aus besonderen Reichsmitteln gefördert werden kann, liegt beim Vorsitzenden des Landesarbeitsamts. Dieser hat im Benehmen mit einem Ausschuss des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts zu entscheiden. Von der Befugnis, die Entscheidung auf die Arbeitsämter zu übertragen, wird, wie Oberregierungsrat Benda betont, vorerst kein Gebrauch gemacht werden dürfen.

Die Landesarbeitsämter haben hier eine gewaltige Verantwortung zu tragen, und insbesondere die gewerkschaftlichen Ausschussmitglieder werden die eingegangenen Anträge scharfsten zu prüfen haben, um Mißbräuche zu verhindern.

Ist die Arbeit im Sinne der Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes für förderungsfähig erklärt, so können die Empfänger von versicherungsmöglicher Arbeitslosen- und von Krisenunterstützung mit Zustimmung ihres Arbeitsamts diese Beschäftigung aufnehmen und erhalten die Unterstützung in der bisherigen Höhe und Dauer weiter und können von den regelmäßigen Kontrollmeldungen durch das Arbeitsamt des Dienstortes befreit werden. Die Bestimmung, daß sie die Unterstützung in bisheriger Höhe und Dauer weiter erhalten, wird durch den Absatz 2 des Artikels 4 der Verordnung wesentlich abgeschwächt. Danach kann das Arbeitsamt des Dienstortes die Unterstützung der beteiligten Arbeitsdienstwilligen auch in Pauschalbeträgen festsetzen, jedoch nicht höher als auf zwei Reichsmark für den Wochentag und das zur Dauer von zwanzig Wochen. Ist die Arbeit dann noch nicht beendet, so kann der Pauschalbetrag bis zur sonst zulässigen Höchstdauer der Unterstützung fortgesetzt werden.

Vorgelesen ist dann, daß die Unterstützung auch an den Träger der Arbeit gezahlt werden kann, dieser wiederum ist befugt, die Unterstützung ganz oder teilweise in Sachleistungen (insbesondere Unterkunft, Verpflegung, Arbeitskleidung) zu gewähren. Oberregierungsrat Benda meint dazu, daß in der Regel dem Arbeitsdienstwilligen ein bares Taschengeld verbleiben müsse. Es erhebe sich auch nicht ausgeschlossen, daß der Träger der Arbeit einen geringfügigen Bruchteil für die allgemeinen Verwaltungskosten zurückbehält oder für die Vortreibung der Reisekosten aufspart.

Für Jugendlichen, die noch keine Arbeitslosen- bzw. Krisenunterstützung nach den gesetzlichen Bestimmungen erhalten können, ist vorgesehen, daß ihnen aus besonderen Reichsmitteln vom Arbeitsamt des Dienstortes Arbeitslosenunterstützung in Höhe von höchstens zwei Reichsmark wochentäglich für längstens zwanzig Wochen gezahlt werden kann. Erhalten sie später versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, so wird ihnen aber diese Zeit auf die Unterstützungshöchstdauer angerechnet.

Artikel 6 der Verordnung besagt dann, wenn der Arbeitslose es ablehnt, sich am freiwilligen Arbeitsdienst zu beteiligen, oder wenn er solche Arbeit aufgibt, dies nicht als Tatsache anzusehen ist, daß er arbeitsunwillig oder durch eigenes Verschulden arbeitslos ist. Die Unterstützung muß demnach fortgezahlt bzw. wiedergewährt werden.

Für die Dauer der Betätigung im freiwilligen Arbeitsdienst ist das Arbeitsamt des Dienstortes ohne weiteres zur Unterstützung der beteiligten Arbeitsdienstwilligen zuständig. Werden dadurch finanzschwache Gemeinden bezüglich ihres Anteils an der Krisenunterstützung über Gebühr belastet, ohne daß ihnen ein entsprechender Vorteil aus der Arbeit erwächst, so kann ihnen ihr Anteil erlassen werden und der Staat übernimmt dann den Ausfall.

Gegen Entscheidungen, die auf Grund der Verordnung ergehen, gibt es kein Rechtsmittel an die Organe der Reichsanstalt und die Spruchbehörden. Beschwerden gegen Entscheidungen des Vorsitzenden des Arbeitsamts gehen vielmehr an den Vorsitzenden des Landesarbeitsamts, Beschwerden gegen Entscheidungen des Landesarbeitsamtsvorstehenden an den Präsidenten der Reichsanstalt. Die Gemeinden haben auf Verlangen des Vorsitzenden des Landesarbeitsamts Unterkunft und Verpflegung für die Arbeitsdienstwilligen gegen angemessene Entschädigung zur Verfügung zu stellen.

Dem Arbeitsdienstwilligen, der zwölf Wochen bei voll-wirtschaftlich wertvollen Arbeiten beschäftigt ist, kann auf Antrag für die ganze Zeit ein Betrag 1,50 M. pro Wochentag im Reichsschuldbuch gutgeschrieben werden. Der Betrag wird mit 6 Proz. verzinst und kann binnen 10 Jahren an eine gemeinnützige Einrichtung abgetreten werden zum Zweck der Erwerbung einer Siedlung oder eines Eigen-gites. Eine sonstige Verfügungsmöglichkeit der Gutschrift gibt es nicht.

Von besonderem Interesse dürfte das Rechtsverhältnis der Arbeitsdienstwilligen sein. Die Notverordnung vom 6. Juni betonte ausdrücklich, daß die Beschäftigung im frei-willigen Arbeitsdienst kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts begründet. Es gibt also, wie auch Vanda in seinem Artikel ausspricht, weder tariflichen noch orts-üblichen Lohn, es gibt keinen Betriebsrat und keinen Rechtsstreit vor den Arbeitsgerichten, keinen Streik und keine Aussperrung. Der Träger der Arbeit wird also völlig einseitig über die vielseitigen Fragen bestimmen, die nun einmal mit einem Beschäftigungsverhältnis, und sei es auch ein „freiwilliges“, zusammenhängen.

Andererseits unterstellt die Ausführungsverordnung an alle Arbeitsdienstwilligen der Krankenversicherung; sie werden Mitglieder der Krankenkasse des Dienstortes. Sie unterliegen ferner den Vorschriften der Unfallversicherung, es gelten die Bestimmungen über Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Gefahrenschutz und über Arbeitsbeschränkungen für Frauen und Jugendlichen, ebenso gelten die Durchführungs-vorschriften für letztere. Weiter bleiben bestehen die Vorschriften der §§ 129 und 167 Abs. 2 W.B.V. über Aufrecht-erhaltung der Anwartschaften in der Invaliden-, Ange-stellten- und Knappschaftsversicherung. Soweit die neuen Vorschriften, die am 3. August 1931 in Kraft getreten sind. Wir haben kürzlich Veranlassung, die weitere Entwicklung schrittweise zu beobachten und schonungslos alle aufstrebenden Mißbräuche und Mißstände aufzudecken. Wir müssen alles tun, um zu verhindern, daß das endgültige Ziel der Reaktionen, die Arbeitsdienstpflicht, Wirklichkeit wird. P. Lo.

### Korrespondenzen

**Bamberg.** In unserer außerordentlichen Ver-sammlung am 29. September behandelte Vorsitzender Schiefer in einem Referat die am 27. September in München abgehaltene Bezirks- und Ortsvorsitzenden-konferenz, wo die Beschlüsse und Verhandlungen der Gau-vorherberkonferenz zur Diskussion standen. Redner erntete nach anerkennendstem Vortrag lebhaften Beifall. An der Ausprache beteiligten sich die Kollegen sehr zahlreich. Es schloß sich ein Antrag heraus, ein gemeinschaftliches Profeschreiben an die Handwerkskammer in Bayreuth zu richten, die zwar schon im April dieses Jahres die Ver-ehrungsordnung für verbindlich anerkannte, aber weiter in dieser Sache nichts mehr unternahm. Mit der Erledigung einiger Anfragen und einer Ausprache über die „Typo-graphia“ fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Berlin.** (Handwerker.) Nach Eröffnung unserer schwach besuchten Versammlung am 24. September gab zweiter Vorsitzender Schieleber bekannt, daß das Pro-gramm der Ortsgruppe des Bildungsverbandes und der Sparten für die Geschäftsjahre im Winterhalbjahr 1931/32 vor-liegt und ersuchte um regste Beteiligung an den Kursen. Wir zahlten die übliche Rückvergütung von 3 M., und auch die Fahrgeldunterstützung an arbeitslose Kurssteil-nehmer ist sichergestellt. Die Gründungsfeier unserer Ver-einigung findet erstmalig nach fünf Jahren ihres Bestehens am 24. Oktober statt. In seinem nun folgenden ausführlichen Referat „Sparten und Bildungsverband“ wies der Vorsitzende des Bildungsverbandes, Kollege Dreßler, eingehend nach, daß der Bildungsverband nie daran gedacht habe, die Sparten aufzulösen, denn ebenso wie die Sparten leiste auch der Bildungsverband notwendige gewerkschaftliche Arbeit im Interesse des Ver-bandes. Der Bildungsverband hat mit den Artikeln, wie sie vor einiger Zeit im „Korr.“ erschienen sind, nicht das geringste zu tun, denn unter den Artikelstreichern, die die Auflösung der Sparten wünschten, befinden sich außer dem Kollegen Mahlo (Königsberg) keine Mitglieder des Bil-dungsverbandes. Dagegen steht fest, daß in vielen kleineren und mittleren Orten Sparten und Bildungsverband sehr eng zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen, und das müsse noch mehr als bisher geschehen. Die wirt-schaftlichen und technischen Vorfälle, wie überhaupt die ganze Entwicklung hat dazu gedräht, daß die Sparten gegründet wurden. Bei der Gründung war neben dem Fortbildungsgedanken auch die materielle Interessen-wahrnehmung maßgebend. Die Kunstgewerbeschulen be-deuten besonders für den Handwerker eine große Gefahr. Die in diesen Schulen ausgebildeten nichtbuchdruckerischen Entwurfer können vielen Handwerkern die Arbeit fort-nehmen. Auch die drohende Gefahr durch Einstellung von Trennhändlern in den Betrieben, die die Betriebsbuch-führungen einführen und damit die Produktionskosten steigern sollen, ist nicht zu unterschätzen. Bei allen diesen betriebswirtschaftlichen Vorgängen müssen sich die Kollegen viel mehr als bisher verständigen. Der Referent betonte zum Schluß seiner äußerst interessanten Ausführungen, daß besonders für die Handwerker die Sparte notwendig ist und auch jederzeit Unterstützung durch den Bildungsver-band finden werde. In der lebhaftesten Diskussion, an der sich jedes Kollegen beteiligten, kam im wesentlichen zum Ausdruck, daß neben dem Bildungsverband auch die Sparten ihre vollste Berechtigung haben und die Grün-dung der Handwerksparte eine zwingende Notwendigkeit war. Von einem Diskussionsredner wurde besonders betont, daß die tarifliche und gewerkschaftliche Auffklärung unter den Mitgliedern noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Im Jahre 1908 waren von den Verbandsmitgliedern 83 Proz. Handwerker, damals war es möglich, deren Inter-essen ohne Sparte zu vertreten. Wenn nun der Erfolg der Handwerksparte auch nicht besonders in Erscheinung tritt,

so ist zu berücksichtigen, daß wir uns in einer schweren Wirtschaftskrise befinden. Kollege Pfeiffel setzte sich mit den Rednern auseinander, die der Auffassung waren, der Berliner Handwerkerverband hätte nicht genügend getan, um die Interessen seiner Mitglieder wirksam zu fördern. Schon durch die Vertretung der Sparte im Gauvorstand ist die Möglichkeit gegeben, auch Lohnfragen gebührend zu berücksichtigen. Wenn die Verhältnisse sich bessern, dann werde sich auch der Verbandsaufbau wieder heben. In dieser kritischen Zeit müsse aber jeder Kollege erst recht seinen Mann stellen. In seinem Schlußwort stellte Kollege Dreßler fest, daß die Diskussionsredner in den Rich-tungen mit ihm einverstanden waren. Handwerksparte und Bildungsverband müssen in Zukunft noch enger zusammen-arbeiten. Das kann auch erreicht werden durch die in der Ausprache gewünschten Zusammenlegungen von Veran-staltungen, die die gleichen Interessenspunkte berühren. Das werde für beide Teile auch in Berlin von Vorteil sein. Kollege Pfeiffel stellte noch mit, daß Betriebs-stellungen, Konturfe, Entlassungen und Kurzarbeit in Berlin einen immer größeren Umfang annehmen. Am 26. Oktober findet in den „Kammersälen“ ein Vortrag mit Lichtbildern „Vom Kaulalus zum Gelben Meer“ für die arbeitslosen Spartenmitglieder statt. Der Eintritt ist frei. In der Vaterländischen Drucker sind fünf Verbands-mitglieder an Stelle von Gutenbergsbildern entlassen worden. Da die Klage unserer Verbandskollegen in erster Instanz mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde, ist die Entscheidung über diesen Tenenzfall beim Reichsschieds-amt anhängig gemacht. Die Klage der Kollegen der W.G., die dem Metallkartell angehören und dem Buchdrucker-tarif unterstellt werden wollten, ist abgelehnt.

**Bremen.** In der sehr gut besuchten Wollerversam-mlung der hiesigen Ortsgruppe des Graphischen Bundes am 24. September sprach Redakteur Alfred Krauß, der Verfasser der viel beachteten Broschüre „Das Panama der Nordsee“, über das aktuelle Thema „Wirtschafts-führer“. Ausgehend von der durch den Nordweststurm getragenen Geld- und Wirtschaftskrise, durch die das Staats-gebiet Bremen wundenartig betroffen sei, beleuchtete Redner die Ursachen nach der persönlichen und sachlichen Seite hin. Waren den Versammelten die Tatsachen im allgemeinen durch die Presse auch schon bekannt, so vermochte die eigne Vortragsart des Referenten das Material derart zwangsläufig zusammenhängend zu ge-stalten, daß die ungenühere Ausbeutung der Krise verständ-lich wurde. Ein besonderes Kapitel galt dem sogenannten Staatskapitalismus in diesem Zusammenhang. Die fami-liäre Verfassung der Staats- und Wirtschaftsführer ermöglichte die risikoreichen Fehlinvestitionen in den verfallenden Fällen wie Nordsee, Hanjant, Schröder-bank, Straßenbahn, Wert und Redereibetriebe usw. Selbst Konkurrenzmaßnahmen gegen Hamburger Unter-nehmungen fanden „staatliche“ Unterstützung. Auch dafür, daß eine kirchenfromme Gesinnung und Begünstigung der politischen Reaktion zu den typischen Eigenschaften dieser Wirtschaftsführer gehöre, gab Redner drastische Beweise. Das letzte Ende der ebenfalls zur Verfassung gehörende bürgerliche Presse den ganzen Komplex dieser Mißwirt-schaft bewußt unterdrückt, kennzeichnet eben ihre Ein-stellung zur Genüge. Im so mehr sei es Aufgabe unserer Presse, unbarmherzig hineinzuleuchten und reifliche Klä-rung zu verlangen. Die Arbeiterkraft selbst aber, als die am schwersten Betroffenen, habe mit allen Mitteln und den ihr zur Verfügung stehenden Organen dahin zu wirken, dieses bankrotte Wirtschaftssystem in ein ihr zweckdien-liches umzuformen. Das zweifelhafte Referat fand äußerst beifällige Aufnahme. Ein Bericht über die Be-handlung der Frage „Graphische Arbeiten in der Straf-anstalt“ mußte, der vorgeschrittenen Zeit halber, bis zur nächsten Versammlung vertagt werden.

**Breslau.** Am 29. September fand eine Arbeits-losenversammlung im „Gewerkschaftshaus“ statt, die wegen der wichtigen Tagesordnung außerordentlich stark besucht war. Kollege Sporn gab einen eingehenden Bericht über die Lage am Arbeitsmarkt. Nach Erledigung eines Antrags der arbeitslosen Kollegenchaft erhielt Kollege Feige das Wort zu einem Bericht über die Gau-vorherberbesprechung, in dem er die Notwendigkeit des Ab-bau der Unterstützungen des Verbandes, hauptsächlich der Notstandsunterstützungen, begründete. Es folgte eine er-zegte Diskussion ein, in der betont wurde, daß es eine Ungerechtigkeitsbedeute, die Notstandsunterstützungen ab-zubauen bzw. ganz wegzulassen zu lassen, da ja von dem Abbau gerade die Armen der Armen betroffen werden. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde an-genommen und an den Verbandsvorstand weitergeleitet. Es folgte die Erledigung des Punktes „Verchiedenes“. Der Vorsitzende der Erwerbslosenkommission, Kollege Genrich, legte wegen Zeitmangels sein Amt vorläufig nieder.

**Danzig.** Nachdem das Organisationsbüro im Buch-druckerverein der Freien Stadt Danzig (Gau Danzig) in den Monaten Juli und August lebhaft in zusammenge-fährter Tätigkeit von Vorstand und Vertrauensmänner-berufung der Gesamtmitgliederschaft in den beiden Ver-sammlungen am 23. September und 1. Oktober das Werkbild einer wiederbeginnenben stärkeren Veram-lungskampagne erkennen. In der ersten Versammlung wurde im geschäftlichen Teil das Andenken des im August verstorbenen Kollegen H. M. David gelehrt, dessen Verdienste als langjähriger Gauaktiver des früheren Gaus Westpreußen und nach dessen Auflösung als weiter treu-wirkender Funktionär in der Gaumitgliederschaft Danzig in einem Nachruf des Vorstandes eine voll anerkennende Würdigung erfuhr. Das Hauptinteresse der Kollegen-schaft konzentrierte sich auf den Tagesordnungspunkt: „Bericht von der Gauvorherberberatung“. Gauvorherber Feige mußte hierbei der ihm zugefallenen Aufgabe Genüge tun, im Kollegenkreis um Verständnis zu werden für die äußerst bittere Notwendigkeitsmaßnahme der Herabsetzung der Verbandsunterstützungen und insbeson-dere der Kürzung und Wegzugsänderung in der Notstands-beihilfe. Die anschließende Ausprache wurde zumest von Rednern bestritten, die in der Neuordnung der Notstands-unterstützungszahlung eine Härte erblickten, deren Milderung sie forderten, und zum Teil als solidarische Hilfe-

leistung für die ausgekehrten Arbeitslosen eine weitere Beitragserhöhung anregten. Als Ergebnis der Dis-kussionsausführungen gelangte ein Antrag auf Ein-berufung einer neuen Mitgliederversammlung für den 1. Oktober zwecks Beschlußfassung über die Höhe der Unter-stützungssätze für Danzig und über die Heraushebung des Gaubeitrags zur Annahme. Nach einer tags zuvor abge-haltenen Vertrauensmännerversammlung, in der die Frage der Unterstützungsbesetzung und einer Beitrags-erhöhung des längeren behandelt wurde, eine abschließende Stellungnahme jedoch nicht erfolgte, fand am 1. Oktober die zweite Versammlung statt. In dieser wurde der Mit-gliederschaft ein inzwischen fixierter neuerlicher Vorschlag des Vorstandes für die Unterstützungsneuregung unter-breitet, der der Notlage der ausgekehrten arbeitslosen Kollegen weiterhin Rechnung trägt. Die Versammlung akzeptierte die Vorlage darum durch einstimmige Annahme in der Abstimmung, so daß diese zur ständigen Sorge ge-wordene Angelegenheit als für vorläufig befriedigend geordnet gelten kann. Es konnte daher auch der eine Be-schlußfassung über eine Beitragsheraushebung bezweckende nächste Beratungspunkt von der Tagesordnung abgehakt werden. Des weiteren erfolgte in der Versammlung die Be-kanntgabe der für die Verhandlungen über einen neuen Manteltarif für Danzig von den Tarifparteien gestellten Änderungsanträge, da der bisherige Tarif von beiden Seiten gekündigt worden ist und am 31. Oktober abläuft. Aus der letzteren Aufgabe sowie dem Umstand, daß nach dem 31. Oktober auch die ab 4. Juli für das Danziger Buchdrucker-gewerbe kraftdieser bitterte Lohnbesetzung nicht mehr Gültigkeit hat, lassen sich mit Sicherheit die Anzeichen für eine erhöhte organisatorische Aktivität in der kommenden Zeit verkörpern.

**Dortmund.** Das Graphische Kartell veranstaltete am 26. September eine gemein-schaftliche Betriebs-räte- und Funktionärversammlungen, die zu friedensvollendend besetzt war. Kollege Fette (Köln) sprach über das Thema: „Gegenwartsrundblick“. Er begrüßte zu-nächst die Gelegenheit, vor einem Kreise der bedeutamsten Träger der gewerkschaftlichen Organisationen sprechen und ihnen den ausdrücklichen Dank des Frankfurter Gewerkschaftstages für ihre mühevollen und selbstlose Tätig-keit übermitteln zu können. Es möge vielleicht zutreffen, daß die Haltung der Gewerkschaften gegenüber der der-zeitigen Reichsregierung in landläufigem Sinne nicht als populär anzupreisen sei. Sie finde ihre Grundlage jedoch in dem unerlöschlichen Verantwortungsbewußtsein, durch das alle Handlungen der Gewerkschaften bestimmt würden. Es gehe gegenwärtig in erster Linie darum, den Staatsbankrott und den damit zwangsläufig verbundenen Bürgerkrieg zu verhindern, wodurch die Arbeiterkraft alles verlieren würde, was die Gewerkschaften in 65 Jahren unter namenlosen Opfern aufgebaut haben. Die besondere gewerkschaftliche Aufgabe bestete darin, ein-seitige und untragbare Belastungen der Massen abzu-wehren. Die Unabstimmbarkeit radikaler Rezipete, die auf eine sogenannte wirtschaftliche Selbstregulierung oder auf eine ausschließliche wirtschaftliche Anlehnung an Sowjetrußland hinführen, sei gabelmäßig einwandfrei nachzuweisen. Zu den Auswirkungen der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Lage auf das Gewerbe über-gehend, gab Kollege Fette der ersten Befürchtung Aus-druck, die ungenühere Belastung des Arbeitsmarktes könne zu gefährlichen Mißwirkungen auf die solidarische Haltung der Arbeiterkraft führen. In diesem Zusammenhang wies die Frage der vierzigtägigen Arbeitswoche eine bedeut-same Rolle. Distantabel sei die damit vorgezeichnete Ver-kürzung der Arbeitszeit jedoch nur, wenn in den kritischen Punkten des Lohnausgleichs und Einstellungsenganges Lösungen gefunden würden, die sowohl dem verschlech-terten Lebensstandard der Kollegenchaft wie auch den berechtigten Erwartungen der Arbeitslosen Rechnung tragen. Der erste Anknüpfungspunkt, von dem aus das Unter-nehmertum verjunge, sich diese hier und da bereits auf-getretenen Mißwirkungen zuntze zu machen, sei der An-griff auf die Leistungszulagen. Die erbitterten Kämpfe, die zu ihrer Erringung geführt werden mußten, verpflich-teten zum Kampf um ihre Erhaltung. Hieraus erwachse-nemlich den Betriebsräten die Pflicht, den Unter-nehmern eventuell zwangsmäßig unter Benutzung des „Schlichtungsparagrafen“ 66 des W.G. für un-kontrollierbare Angaben über die geschäftliche Lage und ihre Ausfichten die im § 71 des W.G. verantere Beweispflicht abzufordern. Die Entlassungsfrage stehe gegen-wärtig enger denn je mit der Frage der Kurzarbeit im Zusammenhang. Gewiß sei es eine vordringliche Aufgabe der Betriebsräte, das weitere Abschwellen der Arbeits-losigkeit nach Möglichkeit zu unterbinden, insbesondere die oftmals anzutreffende systematische Ausschaltung des älteren, besser bezahlten Stammpersonals zu durchkreuzen. Eine systematische Beantwortung der Frage: Entlassungen oder Kurzarbeit?, sei jedoch nicht möglich; notwendig sei, die Beurteilung einschlägiger Fälle ihrer besonderen Lagerung anzupassen. Sehr aufführend und interessant gestaltete sich die darauf folgende Lektion über die prakti-sche Handhabung des Einpruchsparagrafen 84 aus dem W.G. und die einschlägige reichsarbeitsgerichtliche Aus-legung derselben, wie auch über die wichtigsten Vor-schriften der Stillelegungsverordnung. Alle die Aufgaben, die den Betriebsräten und Verbandsfunktionären in dieser Zeit besonders zahlreich erwachsen, verlangen von ihnen nicht nur ein hohes Maß von Verantwortungsbewußtsein und Tatkraft, sondern auch gewissenhafte Kenntnis der Rechte und Gehehe, die im betrieblichen Kleinkampf im Vordergrund stehen. Darüber hinaus seien sie berufen, ein-beitri durch taktische Vorstufe unermüdlich die Einheit und Mächterhaltung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wahren. Starker Beifall bestätigte dem Kollegen Fette, daß seine gedanklich und rhetorisch gleichermäßen ein-drucksvollen Ausführungen den Dortmundener Betriebsräten und Verbandsfunktionären wertvolle, für ihr praktisches Wirken fruchtbare Anregungen und Auffklärungen ver-mittelt haben. Die anschließende Debatte gab ihm Gelegen-heit, seine Darlegungen nach verschiedenen Richtungen hin zu ergänzen.

**Frankfurt a. M.** (Maschinen-seher.) Unser Ver-sammlung am 27. September war sehr gut besucht, besonders von den auswärtigen Kollegen, die von unserm Vorsitzenden, Kollegen Klei-n., herzlichst begrüßt

wurden. Nach Erledigung des „Geschäftlichen“ sprach Herr Dr. S o u b e r t über „Die Bankenkrisis in Deutschland“. Er führte kurz folgendes aus: Die Bankenkrisis ist ein Teil der großen Wirtschaftskrise. Sie datiert seit der Zeit des österreichischen Banksturzes. Die Ursache ist in der Hauptsache falsche Geschäftsführung gewesen. Dazu kam der Nordwollefall. Anfang Juli begann das Ausland, Gelder aus Deutschland zu holen, was die Krise stark erschwerte. Durch die offensichtliche Verschwendung des Kapitals seitens der Nordwolle verlor das Ausland jegliches Vertrauen zu Deutschland, und die Abhebung der Gelder wurde noch größer, zumal man sich zu Schatzzeiten mit kurzfristigen Anleihen abfinden mußte, die jetzt zurückverlangt wurden. Die abgegangenen Summen betragen täglich fast 100 Millionen. Allmählich kam Amerika zur Einsicht, und es kam die Stundung der Kriegsschulden, aber auch dieses konnte die Krise nicht abschwächen, da Frankreich sich wehrte, dem Moratorium zuzustimmen, was später aber doch geschah. Durch die Verzögerung war aber die größte Hoffnung, die Bankenkrisis zu beseitigen, in ein Nichts zerfallen. Dadurch, daß die Reichsbank das Geld nicht durch Diskonterhöhung rechtzeitig verteuerte, war es den Abhebern leicht gemacht, das Geld abzuholen. Auch die pflichtige Schließung der Banken war ein Fehler; denn hätte man einen Tag Gelder ausgezahlt, hätte sich das Publikum beruhigt. Die in Schwierigkeiten befindlichen Banken wurden durch das Reich wieder auf die Beine gebracht; sie nahmen die Gelder gern an, trotzdem sie vorher kräftig auf die Sozialisierung der Banken schimpften. Was ist nun zu tun, um in Zukunft derartige Bankkrisen zu verhindern? Die Bankkontrolle des Reiches dürfte nicht das einzige bleiben. Viel besser sei es, die Wirtschaft zu überwandern. In der Diskussion forderten die Kollegen Beseitigung der faulen kapitalistischen Wirtschaft und ferner Verschlagung der Kartelle und Kongerne. Nachdem der Kassierer seinen Halbjahresbericht erstattet hatte, der einen Kassenbestand von 1388,90 M. aufwies, gab Kollege K o n o l d e l a u das Winterprogramm bekannt. Die Diskussion in dieser Angelegenheit war sehr lebhaft, und sie bewies, daß die Gebude der Kollegen vorbei ist und scharfe Maßnahmen ergriffen werden müssen, wenn die Unternehmer denken, alles mit uns machen zu können. Die Einigkeit und Geschlossenheit innerhalb einer wirklichen Kollegenschaft erreicht auch in schweren Zeiten das Ziel. Nieher mit dem Lohnabbau! Wie der Lohn, so die Leistung! Der Vorstand wurde beauftragt, in der nächsten Versammlung ein Referat über dieses allgemeiner interessierende Thema ins Auge zu fassen.

**Frankfurt a. M. (Schriftgießer.)** Eine überaus gut besuchte Versammlung fand hier am 24. September statt. Vorsitzender E m i l D o r n i s erstattete Bericht von den Lohnverhandlungen am 14. und 15. September in Berlin, die, wie bekannt, den zweiten Lohnabbau im Jahre 1931 brachten. Die Verhandlungen zwischen beiden Parteien beanspruchten nur eine gute Stunde Zeit und sind, da beide Parteien auf ihrem Antrag beharrten, ergebnislos verlaufen. Im Gegensatz zu der Begründung bei den Verhandlungen im Januar/Februar, daß Lohnabbau wirtschaftsfördernd und zur Kapitalbildung nötig sei, wurde diesmal nur die katastrophale Lage des Gewerbes ins Treffen geführt und angeklagt, daß, wenn einem Abbau nicht in dem beantragten Maße stattgegeben würde, man in den nächsten Tagen mit Massenentlassungen im Gewerbe rechnen könne. Die Unternehmervertreter riefen dann das Reichsarbeitsministerium an zur Schlichtung des Lohnstreites. Diese Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig und alle Bemühungen der Arbeitervertreter, zum mindesten eine Verlängerung des bestehenden Lohnabkommens zu erreichen, blieben ohne Erfolg. Erreicht wurde nur eine längere Geltungsdauer als von den Unternehmern beantragt, und eine generelle Befassung von Lohn- und Akkordarbeiten. Der Vorsitzende betonte, daß man sich in Berücksichtigung der durch die Wirtschaftskrise zugunsten der Unternehmer verschobenen Kräfteverhältnisse veranlaßt gesehen habe, die Zentralkommission zur Anerkennung des Schlichtungspruchs zu ermächtigen. Er appellierte an die Einmütigkeit der Kollegenschaft zum Festhalten an der Organisation in der Gewissheit, daß auch wieder bessere Zeiten kommen werden. Der Bericht wurde mit großem Interesse aber auch mit begrifflicher Entrüstung von der Versammlung aufgenommen. Alle Diskussionsredner erkannten jedoch die Mühe und Arbeit der Arbeitervertreter bei den Lohnverhandlungen an und schlossen sich namentlich den letzten Ausführungen des Vorsitzenden an. Scharfe Verurteilung fand das Vorgehen von sechs jungen Schriftgelehrern und deren „Sturmführer“, die die Neureglung der Verbandsbeiträge ab 1. Juli zum Anlaß genommen haben, ihrer Organisation den Rücken zu kehren. Es fand jedoch folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung der Frankfurter Schriftgießereiarbeiter kennzeichnet die rigorose Ausnutzung der Wirtschaftskrise zu Lohnabbau und Massenentlassungen von Seiten der Unternehmer als im höchsten Grade unsozial und die dadurch findende Kaufkraft der Massen als Hemmung zur Belebung der Wirtschaft. Die Arbeiterkassenchaft ist sich darin einig, daß eine Verschlagung der Gewerkschaften unter Einwirkung der wirtschaftlichen Not durch erhöhtes Solidaritätsgefühl und reifloses Einhalten für die Organisation abgelehrt werden kann und muß.“ Eine lebhafteste Debatte entfiel über den erneuten Teilschlichtungsantrag der Bauereisen-Gießerei, der von vielen Rednern als eine Vergeltungsmaßnahme für den nicht erstellten Lohnabbau angesehen wurde. Der Kassierer berichtete schließlich noch über den stagnierenden Stand der Vereinstafel. Mit einem nochmaligen Appell an die Geschlossenheit fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

**Hannover. (Drucker.)** Am 13. September fand eine Vertretung anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Rotationsabteilung statt. Die Versammlung wurde durch zwei Reden vom Quartett der Rediertafel „Typographia“ eröffnet. Vertreten waren Gauvorsitzender Pfingsten, Lokalvereinsvorsitzender Rölke sowie sämtliche Spartenvorsitzende. Nach Begrüßung der Gäste schilderte der Vorsitzende in kurzen Zügen die geschichtlichen Geschehnisse in der Rotationsabteilung. Im Vordergrund der Versammlung stand ein Referat des Vorsitzenden der Berliner Rotationsdrucker W a l t e r K r u b: „Entstehung, Entwick-

lung und Bedeutung der Rotationsabteilungen in der großen Druckerpartei“. Er verstand es, in einem anerkennend-kündigen Vortrag die versammelten Kollegen zu fesseln und fand reichen Beifall. Kollege Pfingsten begrüßte die Rotationsabteilung. Die Kollegen mischten sich in erster Linie als Verbandsmitglieder ein, dann sei auch ein erfreuliches Zusammenarbeiten möglich. Kollege R o d, Vorsitzender des Druckervereins, bat, die Worte des Kollegen Pfingsten zu beherzigen und wünschte im übrigen das Beste zum zehnjährigen Bestehen. Die Versammlung nahm einen recht guten Verlauf.

**Hirschberg i. N. (Vierteljahrshericht.)** In der Versammlung am 25. Juli hielt Arbeitervertreter Kollege B i r n b a c h einen Vortrag über „Die Auswirkungen der Notverordnungen“. In der Aussprache wurden die Bestimmungen über die Arbeitslosen und die Ungerechtigkeiten der Krisensteuer heftig kritisiert. Weiter sprach Vorsitzender T h e m über die Wierzigstundenwoche. Diese Maßnahme sei wohl geeignet, eine größere Anzahl Kollegen wieder in den Arbeitsprozeß einzureihen, aber nur dann, wenn ein Einstellungsdruck auch für kleinere Betriebe vorgezogen werde. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich sei ein harter Schlag für die Arbeiter, führe zu neuer Kaufkraftminderung und damit zu neuer Arbeitslosigkeit. In der Aussprache wurde betont, daß neben der Krise die technische Entwicklung zu einer Verkürzung der Arbeitszeit zwingt. Man sei bereit, Opfer zu bringen, wenn dadurch der Arbeitslosen geholfen werden könne. Die Versammlung befaßte sich ferner mit der Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf den Verband. Es wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen, die dem Gauvorsitzenden zur Weiterleitung an den Verbandsvorsitzenden übermittelte wurde: „Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erachten wir die Einführung der Wierzigstundenwoche als dringend notwendig. Es ist jedoch unbedingt voller Lohnausgleich zu fordern, da jede weitere Lohnkürzung Verminderung der Kaufkraft bedeutet und sich zum Schaden der Wirtschaft auswirkt. Die Arbeitszeitverkürzung ist auf alle Betriebe auszudehnen, denn die Freilassung der Kleinbetriebe würde gerade im Buchdruckgewerbe mit seinen vielen Kleinbetrieben zu unhaltbaren Zuständen führen. Hauptbedingung ist der Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte. Der Verbandsvorsitzende fordere von den Unternehmern die Entlassung der Doppelverdiener und der über 65 Jahre alten Rentennempfänger, denn dadurch können eine große Anzahl Arbeitslose untergebracht werden. Soweit nicht bereits geschehen, sind, solange die Krise im Gewerbe besteht, die Gehälter der Angestellten des Verbandes sowie die Tagesgelder (auch der ehrenamtlichen Funktionäre) auf das Notwendigste zu beschränken.“ Es wurden dann noch die Anträge zur Bezirksversammlung am 6. September beraten. — In der Versammlung am 25. September gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Nationalökonomens Lujo Brentano, den er als Freund der Arbeiterbewegung schätzte. Die neuen Unterstützungsleistungen wurden kritisch aufgenommen. Man war gewillt, eine nochmalige Erhöhung der Beiträge in Kauf zu nehmen, so schwer sei auch die meisten Kollegen treffen würde. Besonders an die Spitzenverdiener müsse man den Appell richten, sich nicht gegen höhere Beiträge zu sträuben, da sie ihren höheren Verdienst doch aus der Organisation mit zu verdanken hätten. In der Frage der Festsetzungsverbote war die Versammlung der Meinung, man solle die Redakteure, die den politischen Kampf nicht anständig führen, in Geld- und Gefängnisstrafen nehmen. Durch die Verbote würden nur die Arbeiter geschädigt, während der Verleger durch die bereits bezahlten Abbonnementsgelder oft noch ein Geschäft mache. „Aus der Praxis des Landtags“ war das Thema eines Vortrags des Landtagsabgeordneten L e h m a n n (Hirschberg). Er zeigte an der Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Staat, daß die Preußengouverneure nicht für alles Unangenehme verantwortlich sei, was man ihr die Schuppe schiebe. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse sei auf kulturellem Gebiet vieles erreicht worden. Das Schulwesen, die Verwaltungsreform und eine ganze Reihe weiterer Fragen zog der Redner in den Kreis seiner Betrachtungen. Von der Versammlung wurde es dankbar aufgenommen, auch einmal einen staatsbürgerlichen Vortrag zu hören. In der Aussprache und beim Punkt „Verschiedenes“ wurde eine ganze Reihe wichtiger Fragen angeht. Es kann die erfreuliche Feststellung gemacht werden, daß sich der Versammlungsbesuch erheblich gebessert hat und besonders die jüngeren Kollegen am Verbandsleben regen Anteil nehmen. Möge es so bleiben!

**Vörsch.** Die am 27. September hier abgehaltene Bezirksversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Rat und gemeinsame Bedrückung sprachen aus dem Situationsbericht des Vorsitzenden C e r f f, der all die großen und kleinen Geschehnisse des verflochtenen Halbjahres freiste. Ein Referat des Gauvorsitzenden S a n d f o r t behandelte „Gewerkschaftliche Zeittagen“. Während des Wirtschaftsgeschehens, ein 20 Millionen Arbeitslosenheer, unauffhaltsam stützende Kurve: das ist das Bild von heute. Übertriebene Rationalisierung, übersehte Zölle, Abbau der „hohen Löhne“ — mit diesen Methoden suchen unsere Wunderdoktoren der Wirtschaft neuen Impuls zu geben und verschärfen damit die Krise zur Unerkennlichkeit. Noch ist kein Ende abzusehen; geschlossen müssen wir aber inmitten dieser Dinge unseren einigen Willen behaupten. Wir dürfen nicht dulden, daß die Arbeitskraft, das einzig wahre Gold der Nationen, von Wirtschaftskünstlern niedergedrückt wird. Tariflosigkeit würde Anarchie bedeuten. Die Diskussion befaßte sich mit großem Schlagsicht den ungeheuren Ernst der Stunde. Alle Redner verlangten schärfste Eindämmung der Behringsschichterei, die heute als geradezu schamlos bezeichnet werden muß. Daß die Unternehmerinlogt im Gegensatz zu vielen einseitigen Unternehmern eine — Erziehung der Behringsschicht verlangen, braucht eigentlich niemand mehr zu wundern. Die Radikalisierung der Wierzechnjährligen wollen diese Herren verhindern; die ungeheure Erdrütterung der ausgebeuteten Wierzechnjährligen aber verschweigen man wohlweislich. Die Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechendem Einstellungsdruck darf nicht endlos hinausgezögert werden. Im Zusammenhang mit der kürzlichen Gauvorsitzendenskonferenz wurde die weitere Verkürzung der Unterstützungen besonderer Kritik unterzogen und größte Sparsamkeit in den Verbandsausgaben

gefordert. Mit die Arbeitslosen wird mit dem letzten Novemberbeitrag eine freiwillige Spende, nicht unter 1 Mark, als Weihnachtsbeihilfe erhoben. Mit herzlichsten Dankesworten für die treue zur Organisation überreichliche der Vorstehende den Kollegen S u f f e l, L e h m a n n und L e i n i n g e r die Verbandsauszeichnung für 25jährige Zugehörigkeit. Kollege S a n d f o r t sprach im Namen des Gauvorsitzenden den Jubilaren den Dank für die treue Mitgliedschaft aus. Nachmals flackerte unter dem letzten Punkt der Tagesordnung die Erregung unserer Tage auf; Vorgänge in der Firma Stray (Südlingen), die einen ständigen unerfreulichen Diskussionsstoff jeder Bezirksversammlung bildet, gaben dem Gauvorsitzenden Anlaß, den Kollegen eingehendes Studium des modernen Arbeitsrechts dringend zu empfehlen.

## Allgemeine Rundschau

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand Ende September 1931 ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats		Kurzarbeiter am Ende des Monats	
	Sept. 1930	Sept. 1931	Sept. 1930	Sept. 1931
Buchdrucker	10,8	31,0	4,0	14,0
Althographen u. Steinbrücker	21,9	30,1	9,2	21,8
Graphische Hilfsarbeiter	18,3	31,0	6,4	17,1
Buchbinder	20,9	32,5	25,6	34,8

Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Gewerkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern beliefen sich Ende September 1931 auf 35,5 Proz. bzw. 21,6 (gegen 22,8 bzw. 14,5 Proz. Ende September 1930).

**Briefmarkenausstellung des Arbeiterammerbundes.** Sehr interessant und lehrreich verläuft die am 1. November d. J. in Berlin, im Odb-Jewell-Logenhaus, die Infobroschüre 128, kaffinbunde Briefmarkenausstellung zu werden. Die Mitglieder des Bundes, die sich ausschließlich aus Arbeiterkreisen zusammensetzen, stellen etwa 1500 Altkunden aus. Alle Gebiete der Briefmarkenlande werden vertreten sein. Neben umfangreichen Sammlungen werden auch kleine Spezialgebiete zur Schau gestellt. Die Veranstaltung soll neben dem werbenden Zweck die kleinen, minderbestimmten Sammler auf die Wichtigkeit eines zielbewußten Sammelns hinweisen. Die Ausstellung, deren Besuch allen Interessenten empfohlen wird, ist von 10 bis 10 Uhr geöffnet. Der Infobroschüre beträgt für die Ausstellung 25 Pf., für das in anschließende Stützungsfeier einschließlich Auspostung 1 M. Zugendlichen Besuchern wird eine Markenpende überreicht.

**Rundfunk als Sprachförderer.** In Fortführung ihrer Bestrebungen, durch das Beispiel der Rundfunkprediger und -anleger weite Kreise der Bevölkerung zum Gebrauch der deutschen Hochsprache zu erziehen, hat die Reichs-Rundfunkgesellschaft den Professor der Universität Breslau, Gehelmat Dr. Siebs, gewonnen, um allgemeine Richtlinien und ein besonderes Wörterbuch der Rundfunkausprache zu bearbeiten. Das Wörterbuch umfaßt auch, den besonderen Bedürfnissen des Rundfunks entsprechend, eine große Reihe von häufig vorkommenden und schwer erkehrbaren Fremdwörtern, von geographischen Namen, von Fachausdrücken der verschiedensten Gebiete und von Eigenamen. Ebenfalls auf Veranlassung der Reichs-Rundfunkgesellschaft findet augenblicklich in Berlin eine Schulungswunde für Rundfunkprediger statt, die durch Professor Siebs mit den Anforderungen der deutschen Hochsprache vertraut gemacht werden. Der deutsche Rundfunk hofft durch diese Maßnahmen ein für die deutsche Kultur wichtiges und bedeutsames Werk durchzuführen.

**Atmosphärische Einflüsse auf Bücher.** Ebenso wie alle Lebewesen, brauchen auch Bücher eine geeignete Atmosphäre, wenn sie nicht vorzeitig zugrunde gehen sollen. Im amerikanischen Bureau of Standard hat man genaue wissenschaftliche Untersuchungen darüber angestellt. Man setzte Bücher verschiedenen atmosphärischen Einflüssen aus und beobachtete die Wirkung. Es zeigte sich zunächst, daß in trockener Wärme das Papier des Buches schnell altert und der Färbung anheimfällt. Die schlimmsten Gefahren drohen dem Papier, außer vom Staub, von den Schwefelwasserstoffemissionen der Luft — die in der Großstadt besonders stark sind —, sie freisetzen sich in das Papier ein und durchdringen es. Besonders die hochhaltigen oder ganz aus Zellulose hergestellten Papierarten sind dagegen wenig widerstandsfähig. Die Beamten des Büros glauben, daß eine Zeit kommt, die den Lebensbedingungen der Bücher besser Rechnung tragen wird, als dies jetzt geschieht. Vor allem werden die größeren Bibliotheken die atmosphärischen Bedingungen in den Bücherpölkern, den Grad der Wärme und der Feuchtigkeit genau regeln und den nicht minder gefährlichen Staub so weit wie möglich ausschließen, um die Lebensdauer ihrer kostbaren Schätze zu verlängern.

**Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung.** Wie amtlich mitgeteilt wurde, sind die Ernennungen der Mitglieder des Wirtschaftsbeirats durch den Reichspräsidenten auf Vorschlag der Reichsregierung vollzogen worden. Als Vertreter der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft bestanden sich darunter die beiden Mitvorsitzenden des ADGB, Peter Grafmann und Wilhelm Eggert. Auch der freigewerkschaftliche AFV-Bund sowie sämtliche übrigen Gewerkschaftsorganisationen sind im Wirtschaftsbeirat vertreten. Gleichzeitig mit der Ernennung der Mitglieder hat der Reichspräsident zu der ersten gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsbeirats und der Reichsregierung zum 21. Oktober eingeladen. Nach dem Briefwechsel des Reichspräsidenten mit dem Reichspräsidenten soll der jetzt ernannte Wirtschaftsbeirat zur Lösung lebenswichtiger Fragen in der Gestaltung der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik gelangen. Nach der Auffassung der Reichsregierung sind alle Kreise durch Persönlichkeiten vertreten, die Gewähr dafür bieten, daß neben den großen gemeinsamen Inter-

essen der gesamten Volkswirtschaft auch die Interessen der einzelnen Berufsstände und Wirtschaftsbereiche gleichwertig und mit gleichem Nachdruck vertreten werden.

Widerstandlose Gesellen in Heimkultur. Mit welcher Gewissenhaftigkeit deutsche Kapitalisten ihr Vermögen ins Ausland verfrachten haben, dafür wurde durch eine Notiz des „Vorwärts“ ein drastischer Beweis geliefert.

Goldbestand der Schweiz. Ein Land, das sich der stabilsten Währung erfreut, ist die Schweiz. Der Goldbestand der schweizerischen Notenbank beträgt nicht weniger als 2097 Millionen Franken.

Magister. Einer Mitteilung des „Deutschen“ zufolge wurde am 13. Oktober der 77 Jahre alte Angestellte des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Karl Kühne in Eisen von vier Nationalsozialisten überfallen und schwer mißhandelt.

Zur Einführung der Biergesetzgebung in der Tschechoslowakei. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, durch den das Gesetz über die

achtstündige Arbeitszeit dahin abgeändert und ergänzt wird, daß in gewissen Betrieben die elfstündige Arbeitswoche eingeführt werden soll.

Beschiedene Eingänge

„Archiv für Buchgewerbe und Gebrauchsgeschichte“. Verlag des Deutschen Buchgewerbes und Verlagsbuchhandlung, Berlin SW 61, Postfach 1191.

„Das neue Bild“. Zeitschrift für Pflege von Film und Photo in der Arbeiterbewegung. Offizielles Organ des Arbeiter-Vorbund-Bundes Deutschlands, 30. Verlag, Zweiter Jahrgang, 10. Heft, Preis 40 Pf.

„Die Welt der Natur“. Zeitschrift für die naturwissenschaftliche Jugend. Herausgegeben von dem Naturforscherverband der Arbeiterbewegung Deutschlands, 30. Verlag, Zweiter Jahrgang, 10. Heft, Preis 40 Pf.

„Die Welt der Natur“. Zeitschrift für die naturwissenschaftliche Jugend. Herausgegeben von dem Naturforscherverband der Arbeiterbewegung Deutschlands, 30. Verlag, Zweiter Jahrgang, 10. Heft, Preis 40 Pf.

„Die Welt der Natur“. Zeitschrift für die naturwissenschaftliche Jugend. Herausgegeben von dem Naturforscherverband der Arbeiterbewegung Deutschlands, 30. Verlag, Zweiter Jahrgang, 10. Heft, Preis 40 Pf.

„Die Welt der Natur“. Zeitschrift für die naturwissenschaftliche Jugend. Herausgegeben von dem Naturforscherverband der Arbeiterbewegung Deutschlands, 30. Verlag, Zweiter Jahrgang, 10. Heft, Preis 40 Pf.

„Die Welt der Natur“. Zeitschrift für die naturwissenschaftliche Jugend. Herausgegeben von dem Naturforscherverband der Arbeiterbewegung Deutschlands, 30. Verlag, Zweiter Jahrgang, 10. Heft, Preis 40 Pf.

„Die Welt der Natur“. Zeitschrift für die naturwissenschaftliche Jugend. Herausgegeben von dem Naturforscherverband der Arbeiterbewegung Deutschlands, 30. Verlag, Zweiter Jahrgang, 10. Heft, Preis 40 Pf.

„Die Welt der Natur“. Zeitschrift für die naturwissenschaftliche Jugend. Herausgegeben von dem Naturforscherverband der Arbeiterbewegung Deutschlands, 30. Verlag, Zweiter Jahrgang, 10. Heft, Preis 40 Pf.

„Die Welt der Natur“. Zeitschrift für die naturwissenschaftliche Jugend. Herausgegeben von dem Naturforscherverband der Arbeiterbewegung Deutschlands, 30. Verlag, Zweiter Jahrgang, 10. Heft, Preis 40 Pf.

„Die Welt der Natur“. Zeitschrift für die naturwissenschaftliche Jugend. Herausgegeben von dem Naturforscherverband der Arbeiterbewegung Deutschlands, 30. Verlag, Zweiter Jahrgang, 10. Heft, Preis 40 Pf.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Der Naturforscher“. Mit der Beilage für unsere Frauen und Mütter. 10. Jahrgang, Preis 40 Pf. Herausgeber: Zentraler Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturforscherverband) e. V. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer, Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengeschnittene Millimeterhöhe für Stellengesuche und Angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmestelle: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Medizinische Terminologie. Eine Auswahl neuerer medizinischer Fachausdrücke. Zu Anst. und Fremden der Kollegenschaft zusammengestellt und erläutert von Gustav Dieb. Einzeltitelstellung durch Voreinführung des Betrags in Briefmarken. Preis 1 Mark. Vertrieb durch K. U. T. Vogel, Leipzig O 27, Laufächer Straße 40 II.

Manuskripthaltermaschinen. Schließplatten. Verlag des Bildungverbandes der D. D. O. B. M. B., Berlin SW 61.

Sechshiffe, Regletten. Verlag des Bildungverbandes der D. D. O. B. M. B., Berlin SW 61.

Freie Gedanken. 4 M. und 5 M. (Porto 40 Pf.). Verlag des Bildungverbandes der D. D. O. B. M. B., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5.

Adolf Rüttner. Im Alter von 70 Jahren. Nach etwa zweijähriger Mitgliedschaft und damalige Inaktivität verlor er eines der besten Mitglieder unseres Vereins. Der Vorstand des Korrektorenvereins Oscar Brandtner, Leipzig.

Verlag: Fremdenverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Helmholz, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf für den „Korrespondent“: Berlin, Amt Bergmann 1191, 3141-3145. Druck: Buchdruckerei K. G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5.